

Palästina und der Atomstaat Israel

Vorweg:

Teil vom 2.6.22: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina2.pdf>

Teil vom 9.8.22 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina3.pdf>

mit Aktueller Analyse von Moshe Zuckermann

Teil vom 2.11.22 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina4.pdf>

vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl in Israel

Teil 2 vom 2.2.23 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Isreal-Teil-2.pdf>

Teil 3 vom 29.3.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-3.pdf>

Teil 4 vom 7.4.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-4.pdf>

Teil 5 vom 18.5.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-5.pdf>

Teil 6 vom 8.6.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-6.pdf>

Teil 7 vom 6.7.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-7.pdf>

Teil 8 vom 27.7.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-8.pdf>

Teil 9 vom 24.8.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-9.pdf>

Teil 10 vom 10.10.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-10.pdf>

Teil 11 vom 14.10.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-11.pdf>

Teil 12 vom 20.10.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-12.pdf>

Teil 13 vom 27.10.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-13.pdf>

Zur Info weitergeleitet.

Mit solidarischen Grüßen - Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

https://t1p.de/impressum_a_und_d

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

Nachfolgend weitere Berichte als Teil 14:

.) Kein Frieden für Israel? [Krieg in Nahost: Kein Frieden für Israel? | nd-aktuell.de](https://www.nd-aktuell.de) Sie werden immer lauter, die Rufe und Forderungen nach einer Feuerpause, einem Waffenstillstand oder gar nach Frieden im Nahen Osten. Knapp drei Wochen nach dem Massaker der Hamas in Israel will niemand mehr israelische Militärschläge und Angriffe von Hamas, Islamischem Dschihad und Hisbollah sehen. Die Warnungen und Mahnungen gehen raus an Israel. Das Land solle sich das mit der Bodenoffensive noch einmal überlegen. Vor Kriegsverbrechen und Gräueltaten Israels wird gewarnt. Ernsthafte und eindrückliche Appelle an die Islamisten sind seltener. Verwunderlich ist das nicht. Fanatische Terrorgruppen sind keine guten Verhandlungspartner, auf ihr Wort ist kein Verlass.

.) Kommentar von Raphael S. Cohen ist Direktor des «Strategy and Doctrine Program», Rand-Corporation:

https://globalbridge.ch/selbst-die-rand-corporation-erklaert-israels-strategie-in-gaza-fuer-gescheitert/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=globalbridge-updates-3

Selbst die «RAND Corporation» erklärt Israels Strategie in Gaza für falsch und gescheitert.

Die [RAND Corporation](https://www.rand.org/), eine weltberühmte US-amerikanische Forschungs- und Beratungsfirma, rühmt sich, in gut 50 Ländern 1800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen, die insgesamt in über 75 Sprachen forschen und kommunizieren können und von denen über tausend, also mehr als die Hälfte, über ein Doktorat oder sogar mehrere Doktorate verfügen. RAND ist also nicht einfach einer von unzähligen so genannten Thinktanks. Und was zu beachten besonders wichtig ist: RANDs [beste Kunden](#) sind das US-State Department (also das US-Außenministerium) und das US-Militär: die US-Army, die US-Air Force und das US-Department of Homeland Security. Diese staatlichen Kunden zahlen mehr als die Hälfte aller RAND-Einnahmen. Jetzt hat RAND auf ihrer Website ein vernichtendes Urteil über die israelische Strategie veröffentlicht.

.) USA halten Israel zurück - zur Vorbereitung auf einen großen Krieg wie lange noch?

<https://lostineu.eu/update-usa-halten-israel-zurueck-zur-vorbereitung-auf-einen-grossen-krieg/>

Die USA halten Israel weiter von der geplanten Bodenoffensive in Gaza ab. Mittlerweile ist auch klar geworden, warum: Sie fürchten eine Ausweitung des Krieges – und müssen sich und ihre Truppen erst einmal selbst verteidigen. Dies geht aus mehreren Berichten hervor, z.B. im „Wall Street Journal“. Demnach wollen die Amerikaner noch ein dutzend Luftabwehr-Systeme in Stellung bringen, um ihre Stützpunkte in Irak, Syrien, Jordanien etc. abzusichern. Die israelische Bodenoffensive soll offenbar erst beginnen, wenn die USA „bereit“ sind und Angriffe im gesamten Nahen Osten abwehren können. Daraus lässt sich unschwer schließen, dass Washington mit einer Eskalation rechnet.

.) Krieg in Nahost: Israel verstärkt Angriffe - Internet in Gaza ausgefallen:

[Krieg in Nahost: Israel verstärkt Angriffe - Internet in Gaza ausgefallen | tagesschau.de](http://tagesschau.de)

Der renommierte Journalist Jack Khoury von der Tageszeitung Haaretz veröffentlicht Bilder und Videos eines Journalisten in Gaza, die massive Luftschläge und Artilleriebeschuss zeigen. Der Journalist, der sich im Norden Gazas aufhält, spricht von einem beispiellosen Angriff aus der Luft, zu Land und zu Wasser. Es gebe viele Verletzte, die medizinischen Teams könnten Einsatzorte nicht erreichen. Außerdem sei das Mobilfunknetz und das Internet großflächig ausgefallen.

.) Hilfsgüter für Menschen in Gaza:

[Hilfsgüter für Menschen in Gaza: „Es gibt kaum Reserven“ - taz.de](http://taz.de)

„Es gibt kaum Reserven“, Die Lage für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen ist katastrophal. Hilfsorganisationen fordern verlässliche humanitäre Korridore.

.) Unruhe in palästinensischen Gebieten:

<https://taz.de/Unruhe-in-palaestinensischen-Gebieten/!5966613/>

Zorn und Enttäuschung, „Im Westjordanland herrschen Wut auf Israel und Frust gegenüber dem Westen.“

.) Moshe Zuckermann: Krieg in Israel und Gaza :

<https://overtone-magazin.de/top-story/moshe-zuckermann-wenn-israel-die-bodenoffensive-beginnt-wird-das-eine-katastrophe-werden/>

Moshe Zuckermann: „Wenn Israel die Bodenoffensive beginnt, wird das eine Katastrophe werden.“

.) Greta legt nach: Erneuter Pro-Palästina-Protest:

<https://www.puls24.at/news/chronik/greta-thunberg-legt-nach-erneuter-pro-palaestina-protest/311616>

Die Klimaaktivistin Greta Thunberg stellt sich bei einem Protest in Schweden abermals auf die Seite von Palästina. Schon vergangene Woche hagelte es dafür Kritik.

Nachdem die schwedische Klimaaktivistin [für ein Pro-Palästina-Posting vor wenigen Tagen viel Kritik einheimste](#), machte sich die 20-Jährige bei einem Klimaprotest am Freitag vor dem schwedischen Parlament **abermals für Palästina stark**.

Auf Twitter (heute "X") teilt die 20-Jährige ein Bild von einer Gruppe Protestierender. Zu sehen ist unter anderem Plakate mit den Aufschriften: "Gerechtigkeit für Palästina" oder "Free Palestine". Mehrere ihrer Mitstreiter hielten ebenfalls Schilder mit Solidaritätsbekundungen in die Höhe.

Bereits in der vergangenen Woche hatte Thunberg **ihre Solidarität mit den Palästinensern** bekundet. Kritiker monierten dabei, dass die junge Schwedin die 1.400 Todesopfer des Großangriffs der islamistischen Hamas auf Israel zwei Wochen zuvor unerwähnt ließ. Später ergänzte sie: "Es versteht sich von selbst – dachte ich zumindest – dass ich gegen die schrecklichen Angriffe der Hamas bin."

Der österreichische Ableger von "Fridays for Future (FFF)" distanzierte sich am Donnerstag von Postings zum Nahost-Konflikt auf dem internationalen Instagram-Account der Bewegung.

Zusammenfassung

Die Klimaaktivistin Greta Thunberg stellt sich bei einem Protest in Schweden abermals auf die Seite von Palästina.

Auf Twitter (heute "X") teilt die 20-Jährige ein Bild von einer Gruppe Protestierender. Zu sehen ist unter anderem Plakate mit den Aufschriften: "Gerechtigkeit für Palästina" oder "Free Palestine".

Bereits in der vergangenen Woche hatte Thunberg ihre Solidarität mit den Palästinensern bekundet.

Anmerkung: Das, was Greta Thunberg sagt, ist gedeckt durch die Aussage des Generalsekretärs António Guterres in einer UN-Vollversammlung - [siehe unser Bericht-Teil 13](#).

Der Vorwurf von Antisemitismus hat hier keinen Platz.

.) Israel - Doku, 30 Minuten - ein Gespräch mit Moshe Zuckermann und Nadim

<https://www.youtube.com/watch?v=AUtfOq3oFAA>

.) **Meinungsfreiheit** ade: <https://www.jungewelt.de/artikel/461890.antipal%C3%A4stinensische-hetze-auf-kritik-folgt-rauswurf.html>

Auf Kritik folgt Rauswurf -Schleswig-Holstein: Integrationsstaatssekretärin nach Äußerung zu Krieg in Gaza vorzeitig entlassen.

Die **Stimmungsmache** gegen Personen, die das aktuelle israelische Vorgehen kritisieren, nimmt immer absurdere Formen an. In Schleswig-Holstein muss die Integrationsstaatssekretärin Marjam Samadzade vorzeitig ihr Amt niederlegen, wie der *NDR* am Mittwoch berichtete. Ihr »Vergehen«: Sie hatte auf ihrem privaten Instagram-Account einen Post der Autorin und Journalistin Alice Hasters begrüßt, in dem diese – vergleichsweise allgemein – die israelische Regierung kritisiert hatte. Für Samadzades Vorgesetzte, Sozialministerin Aminata Touré (Bündnis 90/Die Grünen), Grund genug, die Staatssekretärin aufzufordern, um die Entlassung zu bitten. Samadzade, die ohnehin Ende des Jahres ihr Amt abgeben und zurück zur Hamburger Justizbehörde wechseln wollte, kam dem nach und wird nun bereits zum 1. November ersetzt.

.) **Auseinandersetzungen bei neuer Pro-Palästina-Demo in Hamburg:**

[Auseinandersetzungen bei neuer Pro-Palästina-Demo in Hamburg | NDR.de - Nachrichten – Hamburg](#)

Auseinandersetzungen bei neuer Pro-Palästina-Demo in Hamburg

Laut Polizei schwenkten die Teilnehmenden palästinensische Fahnen und riefen Slogans wie "**Free, free palestine**". Zunächst hatten sich etwa 70 Menschen an der Kundgebung beteiligt, später kamen Hunderte dazu. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz. Reporter berichteten, dass die Beamten und Beamtinnen auch Pfefferspray eingesetzten.

Die seit dem 15. Oktober geltende Allgemeinverfügung war zuvor erneut verlängert worden. Verboten sind demnach Versammlungen, die inhaltlich einen Bezug zur Unterstützung der islamistischen Hamas oder deren Angriffen auf das Staatsgebiet Israels aufweisen.

Anmerkung: Hier wird wieder einmal deutlich, wie aus "**Free, free palestine**" ein Bezug zur Unterstützung der islamistischen Hamas oder deren Angriffen auf das Staatsgebiet Israels konstruiert wird. (Das soll antisemitisch sein.)

.) **Humanitäre Lage in Gaza:** <https://taz.de/Humanitaere-Lage-in-Gaza/!5970004/>

Lagerhäuser der UN geplündert, Tausende Menschen sollen Hilfsgüter der Vereinten Nationen gestohlen haben. Derweil gehen in Gaza die Evakuierungen weiter.

.) UN-Resolution zu Nahost:

[UN-Resolution zu Nahost: Der Westen verliert den Süden – taz.de](#)

Der Westen verliert den Süden, „Der Westen findet bei Gaza keine Mehrheit in der UNO. Aus Sicht der Kritiker stellt der Westen die Solidarität mit Israel über Menschlichkeit.“

Mit 121 zu 14 Stimmen bei 44 Enthaltungen **forderte die UN-Generalversammlung am vergangenen Freitag** eine „sofortige, nachhaltige und dauerhafte Waffenruhe“ für Gaza, ungehinderte humanitäre Hilfe und die Freilassung aller „gefangenen Zivilisten“. Die Resolution trug die palästinensische Handschrift. Israel und die USA lehnten sie ab. Deutschland enthielt sich, ebenso die Ukraine, einige europäische Länder wie Spanien waren dafür.

Mit 141 gegen 5 Stimmen bei 35 Enthaltungen hatte **die UN-Generalversammlung am 2. März 2022** Russland zur „sofortigen Einstellung seiner Gewaltanwendung“ gegen die Ukraine und zum „sofortigen, vollständigen und bedingungslosen“ Rückzug aufgefordert. Die Resolution trug die proukrainische Handschrift. Russland lehnte sie ab. Indien und China enthielten sich, aber die meisten Länder des Globalen Südens waren dafür, auch Israel.

Das Votum von 2022 war ein Triumph westlicher Diplomatie. Das Votum von 2023 ist das Gegenteil. Die Mehrheit der Welt steht nicht sowohl hinter der Ukraine als auch Israel. Übrigens auch nicht zugleich hinter Russland und der Hamas. Sie sieht im einen Krieg die Ukraine als Opfer und im anderen die Palästinenser.

Dafür gibt es Gründe, und mit Antisemitismus haben sie nichts zu tun. Nach mehreren Wochen schwerster Luftangriffe mit Tausenden zivilen Toten **sind die Bilder aus Gaza kaum mehr auszuhalten.** Bei ausgebombten Verzweifelten, die mit bloßen Händen ihre Kinder ausgraben, verbietet sich Relativierung genauso wie bei Hinterbliebenen völkermörderischer Terrorangriffe, die um ihre zerstückelten Toten trauern. Menschlichkeit ist unteilbar – eigentlich.

Die neue multipolare Welt kennt keine Werte

Ein Überlebenskampf, der aussieht wie ein Vernichtungskrieg, wird als solcher behandelt. Solidarität mit Israel, die über Leichen geht, wird als zynisch abgetan. Hätte die Ukraine in Reaktion auf den russischen Angriff Moskau in Schutt und Asche gelegt und die russische Bevölkerung aufgefordert, sich zum Weiterleben hinter den Ural zu begeben, wäre die globale Solidarität mit Kyjiw vermutlich weniger eindeutig ausgefallen.

Wenn der Westen Solidarität mit Israel an erste Stelle setzt statt Solidarität mit Menschen überall, verliert er den „**Globalen Süden**“, kaum dass er ihn im Fall der Ukraine gewonnen hat. Wenn Sergei Lawrow mit Verweisen auf das Völkerrecht mehr Gehör findet als Annalena Baerbock, hat die deutsche Diplomatie ein Problem. Und das wird sich nicht auf Gaza beschränken. Es wird auch die Ukraine treffen und

jedes andere Feld der Diplomatie, in dem westliche Länder universelle Werte geltend machen. Denn die neue multipolare Welt, die sich jetzt manifestiert, kennt keine Werte. Es gilt das Recht des Stärkeren. Netanjahu hat das begriffen. Berlin hat darauf keine Antwort.

.) aus der Zeitung „jüdische allgemeine“

SAUL FRIEDLÄNDER - Hybris und Inkompetenz :

[Hybris und Inkompetenz | Jüdische Allgemeine \(juedische-allgemeine.de\)](https://www.juedische-allgemeine.de)

In einem aktuellen Buch rechnet der Historiker mit der rechtsextremen Regierung von Benjamin Netanjahu ab.

»Ich brauchte einige Tage, um zu begreifen, dass die politische Koalition, die Benjamin Netanjahu gebildet hatte, ein Monster war – ein Ungeheuer mit Zähnen, das das liberale und demokratische Land, wie wir es kannten, zu verschlingen drohte. Es dauerte noch ein paar weitere Tage, bis mir klar wurde, dass jeder Israeli, in erster Linie diejenigen, die im Land lebten, aber auch diejenigen, die anderswo lebten und mit dem Land verbunden waren, so wie ich, ihr Möglichstes dazu beitragen mussten, das Monster zu bändigen.«

Mit diesen Sätzen beginnt Saul Friedländer *Blick in den Abgrund*, sein neues Buch, das er zunächst gar nicht schreiben wollte. Denn eigentlich hatte der bekannte Historiker nicht die Absicht, überhaupt noch etwas Neues zu verfassen. Doch die Ereignisse im geliebten Israel, wo Friedländer lange Zeit gelebt und gewirkt hatte, drängten den 90-Jährigen, ein politisches Tagebuch zu beginnen.

Friedländers Beobachtungen beginnen kurz nach dem Amtsantritt der Koalition im Januar 2023 und enden mit dem Beginn der parlamentarischen Sommerpause Ende Juli. Von seinem aktuellen Lebensmittelpunkt in Kalifornien aus kommentiert der Israeli die täglichen Nachrichten aus den Medien vor Ort. Immer wieder nimmt Friedländer auch Tiefenströmungen in der israelischen Gesellschaft in den Blick und fragt etwa nach der Bedeutung von religiösem Messianismus und politischen Erlösungsvorstellungen. Das Buch bleibt vor allem in der Tagespolitik.

.) Einschätzung zum Nahost Konflikt & Problem in Karlsruhe:

[Einschätzung zum Nahost Konflikt & Problem in Karlsruhe | de.indymedia.org](https://www.de.indymedia.org)

von: Freie Anarchist*innen aus Karlsruhe.

.)Beduinen im Westjordanland:Die Vertriebenen:

<https://taz.de/Beduinen-im-Westjordanland/!5966716/>

Seit dem Überfall der Hamas auf Israel wird auch das Leben von Beduinen im Westjordanland gefährlicher. Hunderte sind aus Angst vor Siedlern geflohen.

Palästinensische Beduinen im Westjordanland werden von israelischen Siedlern bedroht

Von seinem Zelt aus kann Suleiman Zawahri alles sehen: den Weg zur Quelle im Tal, die Konturen des israelischen Siedler-Außenpostens auf dem steinigem Hügelkamm und die Reste des Ortes Raschasch, in dem er mit seiner Familie 30 Jahre lang gelebt hat, bis vor zwei Wochen. Die Wellblechhütten und die zurückgelassenen Verschlänge für die Ziegen stehen nur knapp zwei Kilometer entfernt und sind doch unerreichbar. „Die Siedler haben das Gebiet im Auge, sie würden uns nicht zurück lassen“, sagt das 52-jährige Oberhaupt der Gemeinde.

Der Mann mit dem um den Kopf geschlungenen Palästinensertuch wirkt müde. Bis vergangene Woche sei Raschasch das Zuhause von etwa 85 Bewohnern gewesen, sagt er. Die Drohungen durch Siedler hätten schon seit Monaten zugenommen – seit dem Antritt der rechtsreligiösen Regierung im Januar.

Doch seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober habe seine Familie Angst um ihr Leben gehabt. Als die Nachricht sich verbreitete, radikale Siedler hätten in Begleitung von Soldaten den nahen Ort Wadi al-Sik überfallen und mehrere Bewohner stundenlang festgehalten und misshandelt, trafen die Bewohner von Raschasch eine Entscheidung: „Wir haben gepackt und nachts unsere Herden und Hütten hierher in die Nähe des Dorfes Duma gebracht.“

Angriffe extremistischer Siedler auf palästinensische Beduinen- und Hirtengemeinden nehmen seit Jahren zu. In Raschasch hätten sie vor fünf Monaten versucht, ein Haus anzuzünden, sagt Zawahri. Immer wieder seien sie mit Sturmgewehren bewaffnet in den Ort gekommen, hätten Solaranlagen zerstört, Fenster eingeschlagen, seien in Häuser eingedrungen.

.) Gaza Krieg: Klare Worte :

<https://jungle.world/blog/von-tunis-nach-teheran/2023/10/gaza-krieg-klare-worte>

.) "Umsiedlung" der Palästinenser geplant:

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat die israelische

Forderung nach einer Zwangsumsiedlung innerhalb des blockierten Gazastreifens abgelehnt. In einer Erklärung von Freitag war die Rede von einer „strikten Ablehnung der Vertreibung unseres Volkes aus dem Gazastreifen“. Eine solche Maßnahme käme einer „zweiten Nakba“ gleich, sagte Abbas laut der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa. Der Begriff „Nakba“ (Katastrophe) bezieht sich auf die Flucht und Vertreibung von rund 760.000 Palästinensern aus ihrer Heimat nach Israels Staatsgründung im Jahr 1948.

<https://www.trtdeutsch.com/news-welt/abbas-israelische-umsiedlungsplane-in-gaza-kamen-nakba-gleich-15379068>

Mehrere israelische Zeitungen haben am Sonntag über ein unveröffentlichtes Papier aus dem Geheimdienstministerium berichtet, das die »Umsiedlung« der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens in den Norden der ägyptischen Sinaihalbinsel vorsieht. Das Gebiet ist überwiegend wüstenartig und hat eine extrem niedrige Bevölkerungsdichte von 15 Einwohnern pro Quadratkilometer. Bisher leben dort hauptsächlich Nomaden. Die Bewohnerinnen und Bewohner der palästinensischen Enklave, deren Zahl auf zwei bis 2,3 Millionen geschätzt wird, sollen dem Geheimpapier zufolge zunächst in großflächigen »Zeltstädten« untergebracht werden. In unbestimmt ferner Zukunft sollen vielleicht auch Wohnhäuser gebaut werden. Um die Annäherung von »Umgesiedelten« an die israelische Grenze auszuschließen, soll auf ägyptischem Boden eine mehrere Kilometer breite »sterile Zone« geschaffen werden.

Das auf den 13. Oktober datierte Memorandum aus dem Geheimdienstministerium enthält, den israelischen Medienberichten zufolge, zwei weitere Optionen, die dort aber als zu nachteilig oder als unrealistisch bewertet werden. Beide setzen den Verbleib der Bevölkerung im Gazastreifen voraus. In einem Modell würde dieses Gebiet unter die Kontrolle der Palästinensischen Nationalbehörde in Ramallah gestellt. Ein zweites Modell sieht die Bildung einer eigenen Verwaltung aus Einheimischen vor, die von Israels Regierung oder Militär ausgewählt werden sollen. Auf Anfrage israelischer Medien hat das Geheimdienstministerium die Existenz des Papiers bestätigt, aber seine Bedeutung bis zur angeblichen Irrelevanz heruntergespielt. Die Medien zitieren die Aussagen namenloser »Offizieller«, das von Benjamin Netanjahu geführte Kabinett werde sich voraussichtlich nicht mit dem Memorandum befassen. Außerdem sei das Geheimdienstministerium nicht die Regierungsstelle, die für Entscheidungen über die Zukunft des Gazastreifens zuständig sei. Das Büro des Premierministers teilte israelischen Medien auf Anfrage mit, es handele sich bei dem Papier um Überlegungen in einem frühen Stadium, wie

sie »zu Dutzenden auf allen Ebenen der Regierung und der Sicherheitsdienste« im Umlauf seien. Die Frage, was mit dem Gebiet nach dem Krieg geschehen soll, sei bisher in keinem offiziellen Forum Israels diskutiert worden, das zur Zeit darauf konzentriert sei, »das Regierungs- und Militärpotential von Hamas auszuschalten«. Nach Bekanntwerden des Memorandums appellierte die US-amerikanische Bürgerrechtsorganisation »Democracy for the Arab World Now« (DAWN) am Sonntag an den Kongress, ein Zusatzgesetz zum laufenden Finanzjahr abzulehnen, das unter anderem Mittel zur Unterstützung der Versorgung von Flüchtlingen aus Gaza in benachbarten arabischen Ländern vorsieht. In ihrer Begründung verweist die Organisation auf völkerrechtlich wirksame internationale Abkommen, die »die Umsiedlung oder den gewaltsamen Transfer von Bevölkerungen« ebenso wie die Mitwirkung daran verbieten und für strafbar erklären.

Schon Anfang vergangener Woche hatten mehrere Websites über eine Studie aus dem israelischen »Institute for National Security and Zionist Strategy« [berichtet](#), das dem rechtsextremen Flügel der von Netanjahu geführten Regierungskoalition nahesteht. Dort wird ebenfalls die »Umsiedlung« der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens nach Ägypten gefordert. Die Chancen dafür werden als »einmalig« günstig eingeschätzt. Es sei ungewiss, ob es eine solche Gelegenheit jemals wieder geben werde.

Die Netanjahu-Regierung hält offiziell an ihrer unglaublichen Behauptung fest, sich mit dem Thema noch gar nicht beschäftigt zu haben, ohne sich aber von den Vertreibungsplänen zu distanzieren. In der Realität dient ihre Kriegführung, die laut Verteidigungsminister Joaw Gallant noch monatelang fortgesetzt werden soll, unter anderem eindeutig dazu, die Bevölkerung in Notunterkünften zu zwingen und das Gebiet langfristig unbewohnbar zu machen.

.) Gaza: Warum Palästinenser denselben Schutz wie Israelis verdienen:

Fabian Scheidler, AttacMitglied https://de.wikipedia.org/wiki/Fabian_Scheidler

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie und Euch auf einige aktuelle Veröffentlichungen und Veranstaltungen aufmerksam machen:

Gaza: Warum Palästinenser denselben Schutz wie Israelis verdienen (Berliner Zeitung) So brutal die Angriffe der Hamas auch waren, sie können die Bombardierung von Zivilisten und die Zerstörung der Infrastruktur in einer der ärmsten Regionen der Welt nicht legitimieren. Die Normen des Völkerrechts gelten für alle, auch für Israel. Dies sollte auch die Haltung der deutschen Bundesregierung leiten. Berliner Zeitung: <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/israel-und-der-gazastreifen-warum-auch-die-palaestiner-ein-recht-auf-schutz-und-sicherheit-haben-li.2151140>

.) WHO warnt vor Katastrophe in Gaza

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/krieg-in-israel-und-gaza-im-news-ticker-vom-30-oktober-bis-5-november,TuAIPNc>

„Der Weltgesundheitsorganisation zufolge zeichnet sich ein Desaster für die öffentliche Gesundheit ab. Vor allem Kinder könnten an Dehydrierung sterben.“

.) Israel setzt weißen Phosphor ein :

<https://www.hrw.org/de/news/2009/03/25/israel-einsatz-von-weissem-phosphor-eindeutig-kriegsverbrechen>

Der wiederholte Einsatz von Granaten mit weißem Phosphor in Gazas dicht besiedelten Gebieten während der jüngsten israelischen Offensive war willkürlich und stellt eindeutig ein Kriegsverbrechen dar, so Human Rights Watch in einem heute veröffentlichten Bericht.

Der 71-seitige Bericht „[Rain of Fire: Israel’s Unlawful Use of White Phosphorus in Gaza](#)“ dokumentiert Zeugenaussagen zu den verheerenden Auswirkungen weißer Phosphormunition auf Zivilisten und ihr Eigentum in Gaza. Researcher von Human Rights Watch in Gaza fanden unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen explodierte Granaten, Munitionsbehälter und Dutzende abgebrannte, mit weißem Phosphor getränkte Filz-Keile in den Straßen, auf Hausdächern, in privaten Innenhöfen und einer Schule der Vereinten Nationen. Der Bericht liefert außerdem ballistische Beweise, Fotografien und Satellitenbilder sowie Dokumente des israelischen Militärs und der Regierung.

Das Militär verwendet weißen Phosphor in erster Linie zur Verschleierung von Bodenoperationen. Er erzeugt eine dichte Rauchwand, kann aber auch als Brandwaffe eingesetzt werden.

Das israelische Militär hat weißen Phosphor nicht nur in offenem Gelände als Schutzschirm für seine Truppen verwendet, sondern wiederholt über dicht besiedelten Gebieten abgeschossen, auch wenn die Truppen dort nicht im Einsatz waren und obwohl weniger gefährliche Rauchgranaten verfügbar gewesen wären. Zivilisten hatten unnötig darunter zu leiden oder kamen ums Leben“, so Fred Abrahams, Senior Researcher in der Abteilung für Krisengebiete bei Human Rights Watch and Co-Autor des Berichts.

Der Bericht dokumentiert eine gewisse Strategie beim Einsatz von weißem Phosphor, für die Human Rights Watch zufolge die Zustimmung von leitenden Offizieren notwendig gewesen sein muss.

„Die leitenden Kommandeure sollen für den unnötigen Tod von Zivilisten durch den Einsatz von weißem Phosphor zur Rechenschaft gezogen werden“, sagt Abrahams. Am 1. Februar legte Human Rights Watch den israelischen Streitkräften einen

detaillierten Fragenkatalog bezüglich des Einsatzes von weißem Phosphor in Gaza vor. Die Streitkräfte antworteten nicht darauf, sondern verwiesen auf interne Ermittlungen durch das Südkommando.

Bei den jüngsten Operationen im Gazastreifen haben die israelischen Streitkräfte häufig weißen Phosphor in 155 mm-Artilleriegranaten über besiedelten Gebieten oder in deren Nähe in der Luft explodieren lassen. Jede dieser Granaten streut 116 brennende Keile aus weißem Phosphor in einem Umkreis von bis zu 125 Metern vom Ort der Detonation entfernt. Weißer Phosphor entzündet sich durch den Kontakt mit Sauerstoff und brennt bei Temperaturen von bis zu 816 Grad Celsius solange weiter, bis entweder nichts mehr übrig ist oder die Sauerstoffzufuhr unterbunden wird. Weißer Phosphor führt bei Hautkontakt zu schwersten Verbrennungen.

Der ordnungsgemäße Einsatz von Phosphorwaffen in offenem Gelände ist erlaubt. Der Human Rights Watch-Bericht kommt jedoch zu dem Schluss, dass die israelischen Streitkräfte wiederholt Phosphor-Granaten rechtswidrig über Wohngebieten detonieren ließen. Dabei sind Zivilisten getötet und verwundet sowie zivile Einrichtungen, darunter eine Schule, ein Markt, eine Lagerhalle der humanitären Hilfe und ein Krankenhaus, zerstört worden.

Israel bestritt anfänglich den Einsatz von weißem Phosphor in Gaza, ließ aber angesichts sich verdichtender Beweise verlauten, der Einsatz sämtlicher Waffen stehe in Einklang mit dem Völkerrecht. Später kündigte Israel interne Ermittlungen zu einem möglicherweise missbräuchlichen Einsatz von weißem Phosphor an.

„Früheren Ermittlungen der israelischen Streitkräfte zu Vorwürfen über Fehlverhalten nach zu urteilen wird diese Untersuchung weder gründlich noch unparteiisch vonstatten gehen“, meint Abrahams. „Deshalb ist eine internationale Untersuchung von schwerwiegenden Verstößen seitens aller Parteien gegen das Kriegsrecht erforderlich.“

Die israelischen Streitkräfte wussten, dass weißer Phosphor eine lebensbedrohliche Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellt. In einem medizinischen Bericht, den das israelische Gesundheitsministerium während der jüngsten Kampfhandlungen vorbereitet hat, heißt es, dass weißer Phosphor „zu ernsthaften Verletzungen und zum Tod führen kann, wenn er mit Haut in Kontakt kommt, inhaliert oder geschluckt wird.“ Verbrennungen von bereits weniger als zehn Prozent des Körpers können tödlich sein, da sie zur Schädigung von Leber, Nieren und Herz führen, so der Bericht des Ministeriums. Häufig kommt es zu Infektionen, die chemische Substanz kann zu einer ernsthaften Schädigung der inneren Organe und zum Tod führen.

Wenn die israelischen Streitkräfte weißen Phosphor lediglich als Rauchwand für ihre Truppen einsetzen hätten wollen, so die Schlussfolgerung von Human Rights Watch in dem Bericht, dann hätten sie auf eine jederzeit verfügbare, nicht tödliche Alternative zurückgreifen können, nämlich auf Rauchgranaten, die von einer

israelischen Firma hergestellt werden.

Sämtliche von Human Rights Watch entdeckten Phosphorgranaten sind 1989 vom US-Hersteller Thiokol Aerospace produziert worden, damals Betreiber der Louisiana Army Ammunition Plant. Am 4. Januar fotografierte Reuters Artillerie-Einheiten der israelischen Streitkräfte mit Projektilen, deren Aufschrift darauf hindeutet, dass sie im September 1991 in der US-Waffenfabrik Pine Bluff Arsenal hergestellt worden sind.

Um die hohe Zahl ziviler Opfer in Gaza zu rechtfertigen, machten israelische Regierungsvertreter immer wieder die Hamas verantwortlich, die Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ benutze und von zivilen Orten aus Angriffe unternahme. Die im vorliegenden Bericht dokumentierten Fälle lieferten jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass die Hamas zum Zeitpunkt der Angriffe Menschen als Schutzschilde benutzt hätte. In einigen Gebieten waren offensichtlich palästinensische Kämpfer anwesend, dies rechtfertigt jedoch nicht den willkürlichen Einsatz von weißem Phosphor in besiedelten Gebieten.

Human Rights Watch zufolge gibt es zahlreiche Gründe für die Schlussfolgerung, dass die israelischen Streitkräfte vorsätzlich oder grob fahrlässig Phosphorwaffen eingesetzt und gegen das Kriegsrecht verstoßen haben. Erstens lässt der wiederholte Einsatz von weißem Phosphor in besiedelten Gebieten bis zum Ende der Operation eher ein strategisches Verhalten erkennen als einen zufälligen Einsatz dieser Waffen. Zweitens waren sich die israelischen Streitkräfte sehr wohl über die Folgen von weißem Phosphor und den damit verbundenen Gefahren für die Zivilbevölkerung bewusst. Drittens versäumten die israelischen Streitkräfte, verfügbare und weniger gefährliche Alternativen zur Erzeugung von Rauchwänden einzusetzen.

Das Kriegsrecht verpflichtet Staaten zu einer unabhängigen Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen. Aufgrund der vorhandenen Indizien soll Israel Ermittlungen einleiten und, soweit erforderlich, diejenigen strafrechtlich verfolgen, die die rechtswidrigen Angriffe unter Einsatz von weißem Phosphor angeordnet oder ausgeführt haben, so Human Rights Watch.

Auch die Regierung der Vereinigten Staaten, die Israel mit Phosphorwaffen beliefert hat, soll Ermittlungen einleiten, um zu entscheiden, ob der Einsatz dieser Waffen gegen das Kriegsrecht verstoße.

.) Yad Vashem kritisiert Israels UN-Botschafter mit gelbem Stern :

[Yad Vashem kritisiert Israels UN-Botschafter mit gelbem Stern | Jüdische Allgemeine \(juedische-allgemeine.de\)](http://juedische-allgemeine.de)

Dieser Akt sei »eine Schande sowohl für die Opfer des Holocaust als auch für Israel«
Mit einem gelben Davidstern am Revers hat Israels UN-Botschafter Gilad Erdan für massive Kritik auch in Israel gesorgt.

Dieser Akt sei »eine Schande sowohl für die Opfer des Holocaust als auch für Israel«,

schrieb der Direktor der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, Dani Dayan, am Dienstag auf der Plattform X.

Während der gelbe Stern das hilflose Ausgeliefertsein von Juden an andere symbolisiere, hätten Juden heute einen unabhängigen Staat und eine starke Armee. »Heute werden wir eine blau-weiße Flagge tragen, keinen gelben Stern«, so Dayan wörtlich.

.) Moshe Zimmermann über den Nahost-Krieg:

<https://taz.de/Moshe-Zimmermann-ueber-den-Nahost-Krieg/!5966884/>

„Eine Regierung von Fanatikern“, „Deutschlands lasche Haltung helfe aktuell nicht weiter, sagt der Historiker Moshe Zimmermann. Er fordert vom Westen auch Kritik am Kabinett Netanjahu.

.) Berlin Nahost-Konflikt, Propalästinensische Demo am Samstag:

[Nahost-Konflikt: Propalästinensische Demo am Samstag: für das Recht auf Protest | nd-aktuell.de](https://nd-aktuell.de/fuer-das-recht-auf-protest-propalaestinisches-groedemonstration-will-am-samstag-berliner-demoverbote-anprangern)
für das Recht auf Protest, Propalästinensische Großdemonstration will am Samstag Berliner Demoverbote anprangern.

Am Samstag geht es um die Ganze – zumindest für Udi Raz und seine Mitstreiter*innen. »Diesen Samstag wird Deutschland entscheiden, ob es ein demokratisches oder ein antidemokratisches Land ist«, sagt das Vorstandsmitglied des Vereins Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost am Dienstag auf einer Pressekonferenz. Dort stellt Raz zusammen mit Vertreter*innen der Palästina-Kampagne und »Palästina spricht« die geplante propalästinensische Großdemonstration vor.

Angemeldet unter dem Motto »Demokratische Grundrechte verteidigen: Meinungsfreiheit auch für Palästinenser*innen« rufen die Gruppen für Samstag, 14 Uhr am Neptunbrunnen, zum Protest gegen Demonstrationsverbote und pauschale Verurteilungen von Palästinenser*innen auf. »Free Palestine will not be cancelled« steht auf den Plakaten, die deutschlandweit nach Berlin mobilisieren. Nach der Demonstration am vergangenen Samstag mit über 11 000 Teilnehmenden könnte die kommende Veranstaltung noch größer werden – sofern sie nicht noch verboten wird.

.) Einladung zu einer Zoom-Veranstaltung mit Karin Gerster, RLS Ramallah, zum Krieg in Israel und Gaza: Beitreten Zoom Meeting

<https://us02web.zoom.us/j/81018384068?pwd=M0svMVVkaVhaTYwOVUxZEt5QjdSQT09>

Thema: Gegen die Logik der Gewalt in Israel und Palästina mit Karin Gerster

Zeit: 7. Nov. 2023 19:00 Amsterdam, Berlin, Rom, Stockholm, Wien

Jerusalem voller Plakate.“

Verhaftungen, Suspendierungen und Anzeigen

Knapp einen Monat nach dem schlimmsten Terroranschlag in der Geschichte Israels häufen sich Berichte über Verhaftungen, Suspendierungen und Anzeigen. Behörden, Arbeitgeber oder Privatpersonen gehen laut der NGO Adalah vor allem gegen arabische Israelis und Aktivisten vor. Seit dem 7. Oktober hat die NGO Ermittlungen in 170 Fällen gezählt. Polizeiangaben zufolge gab es bisher 110 Festnahmen sowie 24 Anklagen. Der überwiegende Teil steht Adalah zufolge in Verbindung mit Posts in sozialen Medien.

Außerdem hätten Universitäten und andere Bildungseinrichtungen in mehr als 100 Fällen Disziplinarmaßnahmen gegen Studierende erlassen. Adalah-Sprecher Ari Remez sieht darin eine massive Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu trägt das harte Vorgehen mit. Die Polizei hat dabei großen Ermessensspielraum bei der Einschätzung, was sie als Unterstützung von Terrorismus wertet. Israels Polizeichef Kobi Shabtai sagte in der ersten Woche des Krieges, jeder, der ein Bürger Israels sein möchte, sei willkommen. Jeder, der sich mit dem Gazastreifen identifizieren möchte, solle sich „in die Busse setzen, die jetzt dorthin fahren“.

Idkedik erzählt, Freunde hätten in Polizeikontrollen ihre Handys entsperren müssen. Einem sei das Telefon zerstört worden, als er sich weigerte. Die Polizei suche gezielt in Chats nach aus ihrer Sicht problematischen Aussagen. Dabei geht es längst nicht nur um so eindeutig unverhohlene Unterstützung für den Hamas-Angriff, wie ihn die bekannte palästinensisch-israelische Schauspielerin Maisa Abd Elhadi geäußert hat. In einem öffentlichen Post schrieb sie zu einem Bulldozer der Hamas, der am 7. Oktober den Grenzzaun zu Gaza einriss: „Let’s go Berlin style“. Abd Elhadi wurde festgenommen und angeklagt. Israels Innenminister Mosche Arbel will sogar prüfen lassen, ob ihr die Staatsbürgerschaft entzogen werden kann.

Ein „Like“ kann ausreichen

Betroffen von Verhaftungen sind aber auch viele, die sich weniger eindeutig äußerten. In Tiberias, am Westufer des Sees Genezareth, wurde eine israelisch-arabische Lehrerin suspendiert, weil sie einen Beitrag der populären Instagram-Seite „Eye on Palestine“ gelikt hatte, die Ereignisse in Gaza und im Westjordanland dokumentiert. In Nazareth nahm die Polizei die bekannte palästinensisch-israelische Sängerin Dalal Abu Amneh fest.

Sie hatte am 7. Oktober auf Arabisch den Satz „Es gibt keinen Sieger außer Gott“ mit ihren rund 350.000 Followern geteilt. Laut ihrer Anwältin sei der Post von ihrem PR-Büro veröffentlicht worden. Abu Amneh befinde sich nun an einem geheimen Ort, weil sie Todesdrohungen erhalten habe. In Haifa verbrachte ein palästinensischer Automechaniker vier Tage in Polizeigewahrsam, nachdem er zu den israelischen Bombardierungen in Gaza gepostet hatte: „Wir werden unser Volk weiter

unterstützen, trotz deren Politik.“

Ari Remez von Adalah kritisiert: „Jeder Ausdruck von Solidarität mit palästinensischen Opfern, von Opposition zum Krieg in Gaza oder von Kriegsverbrechen wird als Unterstützung terroristischer Vereinigungen gewertet.“ Auf Nachfrage teilt die israelische Polizei mit, sie halte das Grundrecht der Meinungsfreiheit aufrecht. Es sei jedoch „notwendig, gegen jene vorzugehen, die dieses Recht ausnutzen, um zu Gewalt aufzurufen“, sagte ein Sprecher. Festnahmen habe es nur wegen Aufrufen zu Gewalt gegeben oder bei „erheblicher Bedrohung der Stabilität der öffentlichen Ordnung“.

„Wir werden dich finden“

Wie schwierig diese Abwägung allerdings sein kann, zeigt die Geschichte von Jasmin Suleiman. Die taz hat ihren Namen aus Sicherheitsgründen geändert. Wenige Tage nach ihrer Freilassung sitzt die palästinensische Mitarbeiterin einer Universität in einem Café im Osten Jerusalems. Am 7. Oktober hatte sie gegen Abend, als in den Nachrichten bereits von hunderten durch die Hamas ermordeten Kindern, Frauen und Männern die Rede war, auf Facebook geschrieben: „Ich fühle mich wie in einem Traum.“ Daneben postete sie Herzen in den palästinensischen Nationalfarben. Tage später wurde ihr Post von anderen Nutzern entdeckt und verbreitet. „Mein Telefon hörte nicht mehr auf zu klingeln“, erzählt die 32-Jährige in Anwesenheit ihres Anwalts Nabil Izhiman in Jerusalem. Sie habe hunderte Nachrichten, E-Mails und Anrufe bekommen. „Wir werden dich vergewaltigen, wir werden dich finden“, lauteten einige der Nachrichten. Schließlich schrieb Jasmin Suleiman einen weiteren Post, in dem sie beschwor, sich mit ihrem Traum-Post nicht auf „die tragischen Ereignisse am 7. Oktober“, sondern auf ein „intimes, persönliches Ereignis“ in ihrem Leben bezogen zu haben.

Ihr Telefon klingelte trotzdem weiter. Dutzende Menschen hätten sie bei der Polizei angezeigt. Schließlich seien Beamte zum Haus ihrer Familie in Ostjerusalem gekommen. Auf Fotos zeigt Suleiman die zerstörte Einrichtung der Wohnung, kaputtgeschlagene Möbel, Löcher in den Wänden. Sie selbst musste für drei Tage ins Gefängnis, wurde verhört und schließlich wieder freigelassen. Übertrieben, findet Suleimans Anwalt: „Eine Vorladung hätte gereicht.“ Izhiman und mehrere palästinensische Kollegen vertreten noch mehrere ähnliche Fälle. Sie pochen auf den Schutz der Redefreiheit, auch in Kriegszeiten.

Kann er das Vorgehen der Behörden nachvollziehen, angesichts der problematischen Äußerungen seiner Mandantin zu einem Zeitpunkt, als das schreckliche Ausmaß der Hamas-Massaker längst ersichtlich war? „Was sie veröffentlicht hat, rechtfertigt diese Maßnahmen nicht“, sagt Izhiman. So deplaziert ihr Post zu diesem Zeitpunkt gewesen sein möge, er beziehe sich mit keinem Wort auf die Ereignisse am 7. Oktober. Auch für sie müsse gelten: „im Zweifel für den Angeklagten“. Mit einer Anklage rechnet er nicht.

Wütender Mob droht nach Trauergebet

Dass nicht nur palästinensische Israelis wegen ihrer Äußerungen in Schwierigkeiten geraten können, musste der linke jüdisch-orthodoxe Journalist Israel Frey erleben. Er hatte in Tel Aviv ein Trauergebet sowohl für die Opfer der Hamas als auch für die in Gaza getöteten Frauen und Kinder gesprochen. „Kein Kind sollte den Preis für die Taten von Fanatikern bezahlen müssen“, sagte Frey in dem Trauergebet unter anderem. Vor seiner Wohnung in der ultraorthodoxen Nachbarstadt Bnei Brak versammelte sich daraufhin ein wütender Mob. Die Demonstranten riefen „Verräter“ und warfen Feuerwerkskörper. Er musste seine Wohnung unter Polizeischutz verlassen.

Wenige Tage später meldete er sich mit einer Videobotschaft von einem unbekanntem Ort, an dem er sich aus Angst um sein Leben versteckt hielt. Darin erhob er schwere Vorwürfe gegen rechte Gruppen und kritisierte die Festnahme von „fast einhundert Palästinenserinnen und Palästinensern wegen Hetze“ für Posts auf Instagram und Facebook.

Für Alon-Lee Green, den Co-Direktor von „Wir stehen zusammen“, sind Fälle wie der von Frey nur ein Beispiel für die Einschüchterung von Israelis, die sich gegen die Politik der Regierung oder in Solidarität mit Palästinensern äußern. „Wir bekommen täglich hunderte Anrufe von Menschen, die etwa von ihrer Arbeit suspendiert wurden. Einige Dutzend von ihnen haben tatsächlich Unterstützung für die Hamas ausgedrückt. Die große Mehrheit aber hat lediglich das Ende des Krieges oder Rücksicht auf die Kinder im Gazastreifen gefordert.“

Israel brauche seine arabischen Mitbürger, als Ärzte, Psychologen, an Universitäten. Auch sie seien Teil der Gesellschaft und hätten durch die Angriffe der Hamas ein Trauma erlitten. Die Mehrheit von ihnen zu kriminalisieren sei gefährlich und könne neue Fronten und Gewalt innerhalb Israels schüren.

.) Antisemitismus und Krieg gegen die Hamas:Zeit der Ansagen:

[Antisemitismus und Krieg gegen die Hamas: Zeit der Ansagen – taz.de](https://www.taz.de/antsemitismus-und-krieg-gegen-die-hamas-zeit-der-ansagen)

Linke und Grüne haben muslimische, palästinensische Communities lange bevormundet. Jetzt ist Zeit für harte, herzliche Worte.

Selbstverständlich ist es rechtsstaatswidrig, Demonstrationen mit palästinabehandelndem Inhalt zu verbieten. Sollen sie sich äußern, all die arabischen Einwanderer, Bürger und Bürgerinnen und Flüchtlinge, dass der deutsche Blick auf Israel ein unvollständiger ist, sofern die palästinensische Perspektive nicht beachtet wird. Klar, Hamas-Feiern müssen verboten bleiben, unser Demonstrationsrecht umfasst alle Anliegen, **prinzipiell auch solche, die man selbst falsch findet**, aber eben nicht die Feier von Terrorismus oder seine Verniedlichung zum Freiheitskampf. Wenn also auf **der Berliner Sonnenallee, Epizentrum arabischen Lebens** in Deutschland seit 2014, Demos stattfinden, die anderen missbehagen,

muss das ausgehalten werden: Demokratie ist schließlich keine Schneeflockenversammlung.

Ebenso rechtsstaatswidrig sind alle **Allüren aus dem konservativen Spektrum, die Tauglichkeit für die deutsche Staatsangehörigkeit an ein Bekenntnis zu Israel** und zum Kampf gegen Antisemitismus zu knüpfen. Davon abgesehen, dass diese Art von Gesinnungs-TÜV von allen Einbürgerungswilligen verlangt werden müsste, am besten auch gleich von allen traditionell Deutschen, wäre eine solche Prüfung antiliberal: Als ob die meisten der aus arabischen Ländern zu uns Geflüchteten nicht vor den gleichen Kräften flohen, wie Israel sie jetzt zu bekämpfen hat.

Aber: Dass das in der Tat ethisch mit gutem Herzenskompass versehene Publikum palästinensische Demos **wünscht, die sich solidarisch mit Israel erklären**, dass sie sich in den abgeschlachteten Opfern der Hamas-Metzger wiedererkennen, weil es sie als nächstes treffen könnte, käme diese islamistische Seilschaft auch hierzulande stärker zu Macht und Einfluss, ist selbstverständlich. Doch so sind die Dinge eben nicht, die stille Mehrheit, hofft man, schweigt noch. Und das hat **mit einer linken, multikulturell orientierten Politik zu tun**, die die Probleme, die mit aus arabischen (vor allem palästinensischen) Gebieten Eingewanderten sich ergeben, notorisch ignoriert und bagatellisiert.

Zum Problem einer ernsthaften Einwanderungs- und Integrationspolitik gehört, hier nur ein paar Facetten, dass Bürgerrechtlerinnen wie Necla Kelek und Seyran Ateş, dass eine in puncto Krieg-gegen-die-Ukraine zwar obszön herzlose, aber in Sachen Islamismus seit der Machtübernahme der Mullahs in Iran 1979 hellwache und klare Alice Schwarzer, dass ein aus einer arabisch-israelischen Familie stammender Ahmad Mansour oder dass ein Islamwissenschaftler wie Ralph Ghadban in unseren Kreisen als „rechts“ abgetan wurden und werden. Dass sie, diese öffentlichen Stimmen, in der Tat im linken Spektrum, auch mit Hilfe der taz, Anlass zu Cancel-Culture-Impulsen geben, aber nicht zu Interesse und Neugier. Sie alle sind in der Vergangenheit faktisch dämonisiert worden: Was sie zu sagen haben, nütze nur den Rechten, so das chronische Abwiegelungsargument.

Menschenrechte statt „Kultur“

Sie alle, mehr oder weniger großen Unterschieden zum Trotz, eint, dass sie auf die muslimisch prägenden Lebensverhältnisse bei uns in Deutschland einen kühlen, in der Regel präzisen Blick werfen – und keine Scheu haben, da, wo „Kultur“ draufsteht, Menschenrechtsverletzungen wahrzunehmen. Anlässe für Kuscheligkeit stiften sie nicht, gut so. Gewalt in den Familien, fehlende Orientierung auf Bildungsaufstiege und bürgerliche Lebensverhältnisse, Appeasement antisemitischen Artikulationen in Moscheen gegenüber – um nur die größten Felder zu benennen.

Stattdessen, so die linke und grüne Dauerübung: Alles ist rassistisch, rechtspopulistisch und antiislamisch. Das kommt einem Zerrbild gleich, selbst wenn man die rechtsradikalen Morde des NSU-Komplex, die mörderischen

Brandschatzungen in Solingen, Mölln und anderswo in Rechnung stellt.

„Nie wieder ist jetzt“ – und das bedeutet auch im Hinblick auf das Sprechen mit und zu den muslimischen (besonders: palästinaaffinen) Communities: Es ist keine Zeit für Paternalisierungen. **Sondern für Ansagen**, harte und herzlich gesinnte Klarstellungen. Und die gehen so: **Juden und Jüdinnen inklusive ihres aktuell verwundeten Safe Spaces namens Israel liegen uns am Herzen**, euch auch. Palästina wie in eurer Phantasie ist nicht mehr. „From the river to the sea ...“: vergesst es. Kennen lang eingeborene Deutsche alles längst, die glühenden Konflikte hierzu liegen drei Jahrzehnte zurück: Schlesien ist weg, und Ostpreußen zur Hälfte auch. Ihr könnt Rückkehr nach Palästina wünschen, aber lasst es lieber.

.) ICAHD -[Israeli Committee Against House Demolitions \(ICAHD\)](https://www.icahd.de) **FORDERT EIN ENDE DES ISRAELISCHEN VÖLKERMORDES GEGEN DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK UND DIE WIEDERHERSTELLUNG DER NATIONALEN RECHTE DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES**

<https://www.icahd.de/icahd-fordert-ein-ende-des-israelischen-voelkermordes-gegen-das-palaestinensi-sche-volk-und-die-wiederherstellung-der-nationale/> Der Begriff

„Völkermord“ wurde von dem jüdisch-polnischen Juristen Raphael Lemkin vor dem Hintergrund des Holocausts formuliert. Er wurde in der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 (Völkermordkonvention) als völkerrechtliches Verbrechen kodifiziert. Die Definition von Völkermord in Artikel 2 der Konvention ist einfach und geradlinig, und ihre ersten drei Elemente spiegeln eindeutig die israelische Politik und die Handlungen gegenüber dem palästinensischen Volk wider, seit sie 1947 den Prozess des systematischen Völkermords eingeleitet haben:

[G]enozid ist jede der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) Verursachung schwerer körperlicher oder geistiger Schäden bei Mitgliedern der Gruppe;
- (c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen auferlegt, die ihre physische Zerstörung herbeiführen sollen ganz oder teilweise herbeizuführen.

Die anhaltende Zerstörung des Gazastreifens und seiner Bevölkerung ist an sich schon ein Kriegsverbrechen, das viel zu unverhältnismäßig ist, um als bloße Vergeltungsmaßnahme für den schrecklichen Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten (ebenfalls ein Kriegsverbrechen) durchzugehen, und das viel zu hohe Kosten für zivile Leben und Eigentum verursacht, um ein militärisches Vorgehen gegen die Hamas zu rechtfertigen, so gerechtfertigt es auch sein mag.

Bei Völkermord handelt es sich häufig nicht um ein einzelnes Ereignis, sondern um eine Reihe von absichtlichen Ereignissen und Prozessen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und deren Ziel letztlich die vollständige oder teilweise Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe ist. Die Indianerkriege in Amerika dauerten drei Jahrhunderte. Wenn wir von dem Kriegsverbrechen, das Israels aktueller Angriff auf Gaza darstellt, zu den konzertierten Bemühungen seit Israels Gründung zurücktreten, das Land Palästina und sein arabisches Erbe auszulöschen, ergibt sich ein Bild des Völkermords, sowohl kulturell als auch physisch. Das zwangsläufig gewaltsame Projekt des Zionismus und später Israels, die palästinensische Bevölkerung des Landes zu vertreiben, ihr Land zu nehmen und es durch ein jüdisches zu ersetzen, stellt eine vorsätzliche Zerstörung des palästinensischen Volkes in Teilen oder im Ganzen dar.

Drei Ereignisse haben ICAHD dazu veranlasst, zu dringenden internationalen Maßnahmen aufzurufen, um den israelischen Völkermord am palästinensischen Volk zu beenden: die wahllose Bombardierung des Jabalia-Flüchtlingslagers im Gazastreifen am 31. Oktober 2023, bei der Hunderte von unschuldigen Menschen – Flüchtlinge aus Israels Vertreibungskampagne von 1948 – abgeschlachtet wurden, um einen einzelnen Hamas-Kommandeur zu ermorden; die brutalen Angriffe, die derzeit gegen Palästinenser im Westjordanland verübt werden, bei denen israelische Siedler und Soldaten Familien terrorisieren und ganze Städte und Dörfer leer räumen – Zwangsvertreibung, ein Verbrechen gemäß der Vierten Genfer Konvention; und die Äußerungen völkermörderischer Absichten, die von den höchsten israelischen Regierungs- und Militärvertretern ausgehen, sei es gegenüber den Menschen in Gaza oder gegenüber den Palästinensern („den Arabern“) im Allgemeinen, Äußerungen, die uns eine verstärkte Kolonisierung und einen weiteren Völkermord befürchten lassen, wenn die internationale Gemeinschaft Israel freie Hand lässt, das palästinensische Volk politisch, kulturell und notfalls auch physisch auszulöschen. Das Israelische Komitee gegen Hauszerstörungen (ICAHD) ruft die internationale Gemeinschaft – die UNO, die Regierungen und die Völker – auf, Israel für seine jahrzehntelange völkermörderische Kolonisierung zur Verantwortung zu ziehen. Wir rufen dringend dazu auf, Israel zu isolieren und zu sanktionieren, bis die Zerstörung des Gazastreifens und seiner Bevölkerung beendet ist und die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land und ihren Gemeinden durch israelische Siedler und Soldaten aufhört.

Wir fordern den Internationalen Strafgerichtshof auf, die verantwortlichen politischen und militärischen Führer Israels wegen Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen.

Wir fordern die Vereinten Nationen auf, Artikel 3(e) der Genfer Konvention durchzusetzen, der die Vereinigten Staaten, Kanada, Europa und andere Länder – einschließlich arabischer und muslimischer Regierungen, die eine Normalisierung

der Beziehungen zu Israel anstreben – für ihre „Mitschuld am Völkermord“ bestraft. Nach der Abrechnung mit dem israelischen Völkermord ruft ICAHD die internationale Gemeinschaft dazu auf, dem palästinensischen Volk seine nationalen Rechte, seine Integrität und seine Würde zurückzugeben, in welcher politischen Form auch immer, die die folgenden Ziele erreicht:

- Beendigung der zionistischen Kolonisierung Palästinas;
- Rückkehr der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen in ihre Heimat;
- den Palästinensern die Möglichkeit geben, sich neu zu gruppieren und als nationale Gruppe in ihrem Heimatland wiederherzustellen:
- Rückgabe ihres verlorenen Besitzes oder Bereitstellung der für ihren Wiederaufbau erforderlichen materiellen Unterstützung und Entschädigung;
- Erleichterung des langen Prozesses der Versöhnung, in dem die israelischen Juden ihre völkermörderische Geschichte gegenüber den Palästinensern anerkennen müssen; und schließlich,
- den beiden Völkern zu ermöglichen, endlich eine gemeinsame Existenz in einem gemeinsamen Staat und einer gemeinsamen Gesellschaft aufzubauen.

Nur so können die Verheerungen des Völkermords durch wiederherstellende Gerechtigkeit beseitigt werden.

BEENDEN SIE DEN ISRAELISCHEN VÖLKERMORD JETZT!

SOFORTIGER WAFFENSTILLSTAND IN GAZA!

BEFREIEN SIE ALLE ISRAELISCHEN GEISELN UND PALÄSTINENSISCHEN POLITISCHEN GEFANGENEN.

SCHÜTZEN SIE DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK UND GEBEN SIE IHM SEINE NATIONALEN RECHTE ZURÜCK.